

Kinderrechte ins Grundgesetz?

Lösung für Ratlose



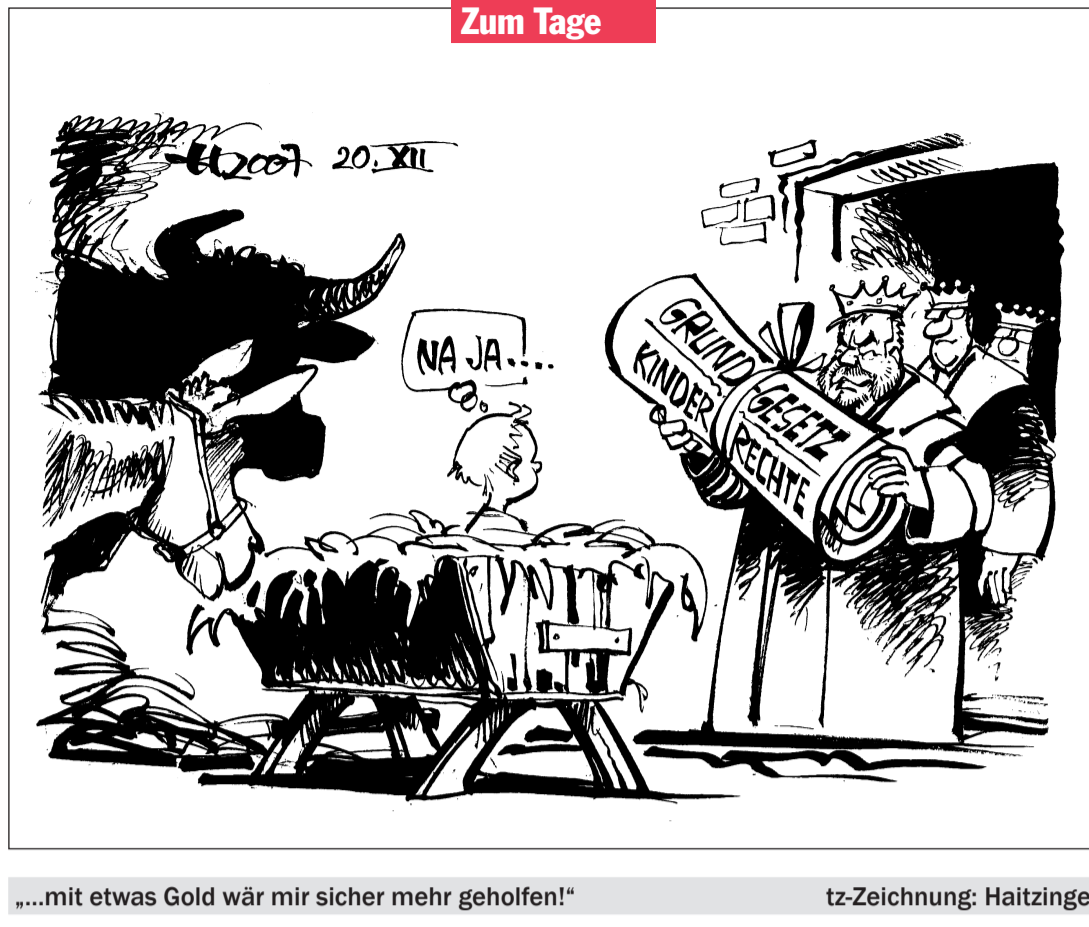
Eine Prostituierte in Salzburg wirft ihr Neugeborenes aus dem Fenster. Eine junge Mutter in Gera schlägt ihr sechs Wochen altes Baby mit dem Kopf auf den Boden. Das sind nur die Meldungen des gestrigen Tages über Kinder, die von den eigenen Eltern getötet wurden. Meldungen, die fassungslos und ratlos machen.

Politiker sind auch manchmal ratlos. Aber sie müssen trotzdem so tun, als ob sie Lösungen parat hätten. Nur so ist zu erklären, warum SPD-Chef Kurt Beck, aber auch CSU-Justizministerin Beate Merk nun derart vehement für die Veranke-

rung von Kinderrechten im Grundgesetz kämpfen. Diese „Lösung“ rettet keinen einzigen Buben vor einem drogensüchtigen Vater und schützt kein einziges Baby vor einer überforderten, psychisch kranken Mutter. Denn das Problem ist ja nicht, dass Juristen den Kinderrechten zu wenig Bedeutung beimessen. Es geht vielmehr darum, die Jugendämter mit mehr Personal auszustatten, damit sie zumindest die bekanntesten Problemfälle kontrollieren und ihnen besser helfen können. Nur: Das ist teuer. Ein schön formulierter Grundgesetz-Artikel hingegen kostet nichts.

KLAUS RIMPEL

Zum Tage



„...mit etwas Gold wär mir sicher mehr geholfen!“

tz-Zeichnung: Haitzinger

Millionärs-Messe in München (S.4)

Luxus am laufenden Meter



Wir haben also die 43 Millionen gewonnen. Oder waren's 48? Oder doch nur 15? Egal. Wer sein Geld noch zählen kann, ist eh ein armer Schlucker. Aber jetzt geht der Stress erst los. Geld auf der Bank langweilt sich bloß – das will raus auf die Straße und ausgegeben sein. Bloß wie? Schließlich ist München reich gesegnet mit Läden für den etwas gehobeneren Geschmack. Bis wir die alle durch haben... Verzeihung, aber Millionäre sind auch nur Menschen. Da kommt uns diese Messe doch gerade recht:

Luxus pur, so weit das Auge reicht. Maximaler Ausgaben-Faktor bei minimalem Stress. Alles, was gut und teuer ist und absolut überflüssig (sonst wär es ja kein Luxus). Und dazu noch ein paar Neidhammel, die nur zum Gaffen gekommen sind und uns damit den größten Gefallen tun. Denn, mal ehrlich: Was nützt uns der teureste Diamant, wenn er keine neidischen Blicke auf sich zieht? Ach so, Sie haben gar keine Millionen gewonnen? Ich auch nicht. Ist vielleicht besser so: Wir wären sie zu schnell wieder los – auf dieser Messe.

ROLF MAY

+++ Armut in Deutschland +++ Alte und Kinder besonders betroffen +++

Almosen statt Anerkennung

Marianne Graf (61) hat ein Leben lang gearbeitet und Kinder großgezogen – heute ist sie Bittstellerin

tz München
Armut in Deutschland! Der Sozialverband VdK schlägt Alarm: „18 Prozent aller Bundesbürger gelten als armutsgefährdet“, sagt Vize-Chefin Ulrike Mascher. Sie erwartet von der Politik dringende Taten. Mit einer Plakatkampagne will die Organisation 2008 deutschlandweit dazu mahnen. Gabriele Aurin von der Olchinger „50plus-Hilfe“ sieht besonders Alte auf dem Abstellgleis: Allein 1300 Betroffene haben sich im vergangenen Jahr an den Verein gewendet, um an ihrer Situation etwas zu ändern. Für Aurin ein Zeichen, dass Alte keine gesellschaftliche Lobby haben: „Wenn jemand 40 Jahre gearbeitet, Kinder großgezogen und Steuern gezahlt hat und später genauso wenig bekommt wie einer, der nicht gearbeitet hat, ist das ungerecht.“

Armenküche statt Anerkennung im Alter – ein Problem der Unterschicht? Keineswegs. Die tz hat eine betroffene Münchnerin besucht:

Die Angst hat ihr Leben aufgefressen. Die Würde hat ihr der Staat genommen. An die Zukunft denkt Marianne Graf (Name geändert) lieber nicht mehr, an ein besinnliches Weihnachtsfest schon gar nicht. Denn die 61-Jährige aus dem Süden Münchens weiß, dass sie nichts mehr erwarten kann. Schon gar nicht den normalen Lebensabend, obwohl sie ein normales Leben wie tausende andere Frauen führte. Sondern Armut im Alter.

„Zwei Kinder habe ich für den Staat alleine großgezogen, ihnen Bildung verschafft. Ich bin immer arbeiten gegangen. Und jetzt werde ich im Regen stehen gelassen.“ Nur 147 Euro zum Leben haben Marianne Graf zum Fall für den Nervenarzt gemacht, seit sie mit 49 Jahren für Firmenchefs plötzlich „zu alt“ oder „überqualifiziert“ war. Winter, Dunkelheit und keine Aussicht auf ein besseres Leben: „Die Medikamente lindern allenfalls meine Panikattacken. Doch an meiner sozialen Lage ändern sie nichts“, sagt die Frau.

Marianne Graf ist Hartz-IV-Empfängerin und wird bis an ihr



Sie war alleinerziehende Mutter und ihr Leben lang berufstätig – trotzdem bleiben der 61-jährigen Münchnerin Marianne Graf nur ein paar Euro Arbeitslosengeld II zum Leben. Die Zukunftsangst frisst sie auf

Foto: Ralf Kruse

Lebensende Bittstellerin beim Staat bleiben – wenn kein Wunder geschieht. Denn obwohl sie in Anwaltskanzleien, als Synchronsprecherin sowie in Managements vollzeit gearbeitet hat, erwartet sie heute nur noch eine Mini-Rente: 400 Euro laut heutigen Berechnungen für das Alter von 65.

Vor drei Jahren waren die Ansprüche noch 600 Euro wert. Marianne Graf hatte mit 27 Jahren einen Fehler gemacht und – wie tausende andere Frauen damals – aus Liebe ihre Zukunft verkauft: „Damit mein Mann damals weiter studieren konnte, ließ ich auf seine Bitte für ihn meine Renten-

ansprüche ausbezahlen“, sagt sie. An Geldsorgen im Alter wollte das junge Paar damals nicht denken, schon gar nicht mit dem Ehering am Finger. Doch die mehreren tausend D-Mark aus der Rentenkasse waren nur zwei Jahre später endgültig futsch: Der Mann machte Karriere, ließ sich

schuldig scheiden. Doch außer dem gesetzlichen Unterhalt konnte die Mutter nichts mehr zurückfordern. „Von da an habe ich erlebt, welchen Stellenwert Alleinerziehende hatten: In den Betrieben bekam man stets unterstes Gehalt, wurde selten nach der Probezeit übernom-



Mit einer Plakataktion will VdK-Deutschland-Vize Ulrike Mascher auf die wachsende Armut hinweisen

Foto: M. Westermann

men und bei Einsparungen als erste gekündigt.“ So auch 1995, als eine große Münchner Anwaltskanzlei Graf auf betrieblichen Gründen auf die Straße setzen wollte. Dass sie vor dem Arbeitsgericht Recht bekommen hatte, nutzte ihr trotzdem nichts. Eine Abfindung sollte Graf trösten – dafür, dass sie trotz hunderter Bewerbungen dann keiner mehr haben wollte.

„Ich schäme mich einfach nur“, schüttelt Marianne Graf den Kopf. Keiner soll von ihrer Lage etwas bemerken. Schon gar nicht die neugierigen Nachbarn im Haus. Denn öffentlich ein Hartz-IV-Fall zu sein, bedeutet für Marianne Graf eine Brandmarkung: „Alle Welt würde doch denken, ich wäre unterstes Niveau und arbeitsscheu.“

Dabei bleibt Graf gar noch weniger als manch anderem Arbeitslosengeld-II-Empfänger: Weil ihre 39 Quadratmeter kleine Mansardenwohnung mit den Kartons als Schränken und knapp 700 Euro Warmmiete dem Landkreis München zu teuer ist, muss sie gut 200

Euro selbst bezahlen. „Trinken kann ich auch das Wasser aus der Leitung“, sagt die bei Freunden verschuldete Frau. „Doch mit 147 Euro abzüglich Strom und Telefon sind selbst fünf Euro für eine neue Neonröhre in der Küche wahrer Luxus.“ Noch mehr die 15 Euro teure Schuhreparatur neulich. Oder jeden Monat die teuren MVV-Karten, um in die Stadt zu fahren – wenn sie nicht mit Herzklopfen schwarzfährt: zu den Pflichtbesuchen wie zu Arbeitsagentur und Landratsamt.

„Das Wort Sozialstaat klingt für mich wie blanker Hohn“, sagt Marianne Graf. Auch die katholische Kirche hat sie schon um Hilfe gebeten. Doch selbst die Bitte um 50 Euro für eine MVV-Monatskarte lehnten die Christen ab. Begründung: „Keine Aussicht auf Änderung der sozialen Lage.“

Am Leben hält Marianne Graf nur eines: „Meine Kinder.“ Die zwei Steuerzahler, die sie für den Staat großgezogen hat. Alleine.

WALTHER SCHNEEWEISS

Länderchefs einigen sich auf besseren Kinderschutz

Weiter Streit über die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz

Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

tz Berlin
Mehr Schutz für Kinder: Angesichts der jüngsten Fälle von Kindstötungen haben sich Bund und Länder am Mittwoch in Berlin auf einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zum Kinderschutz geeinigt. Die vor allem von der SPD gewünschte Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz ist weiterhin strittig. Die vereinbarten Maßnahmen zielen vor allem auf stärkere Kontrollen und häufigere Frühuntersuchungen.

Verbindliche Vorsorgeuntersuchungen: Geplant ist ein einheitliches System, wonach alle Eltern zu regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen ihrer Kinder eingeladen werden. Die Teilnahmen soll auch von den Krankenkassen gefördert werden. Kürzere Untersuchungsintervalle: Früherkennungsuntersuchungen sollen häufiger stattfinden als bislang. Zusätzlich soll es eine Untersuchung im dritten Lebensjahr geben. Außerdem sollen Standards

zur Früherkennung von Missbrauch und Vernachlässigung entwickelt werden. Mehr Hilfe vom Jugendamt: Jugendämter sollen Familien mit Neugeborenen häufiger aufsuchen als derzeit. Besserer Datenaustausch: Die Vernetzung der zuständigen Ämter soll beim Kinderschutz verbessert werden. Angestrebt wird ein reibungsloser Austausch von Informationen über gefährdete Kinder etwa zwi-

schen den Melde-, Jugend- und Gesundheitsämtern. Jugendämter stärken: Jugendämter und Familiengerichte sollen schneller eingreifen können bei einer Gefährdung des Kindeswohls. Bessere Zusammenarbeit von gerichten und Ämtern: Staatliche Maßnahmen bei Eltern von sogenannten Risikofamilien sollen besser abgestimmt werden. Und die Zusammenarbeit von Familiengerichten und Jugendämtern verstärkt werden.



Ulrsula von der Leyen beim Besuch im Kindergarten der Fraport-AG

Foto: dpa